



Projektland: Bolivien

Quartal/Jahr: April bis Juni 2010

Schlagzeilen

1. **Neue Verfassung weiter umgesetzt**
2. **Stärkung der Opposition bei Kommunalwahlen**
3. **Indigene Rechtsprechung Teil der staatlichen Justiz**
4. **Weltkonferenz der Völker zum Klimawandel**
5. **USA und Bolivien: auf dem Weg zur Entspannung der bilateralen Beziehungen?**
6. **Anstieg der Koka-Anbauflächen in Bolivien**
7. **Rückverstaatlichung dreier Stromkonzerne**
8. **China bietet Bolivien einen 15 Milliarden Dollar Kredit an**

Politische Entwicklung

Innenpolitik

1. Das Parlament entscheidet über Grundgesetze

Am 7. Februar 2009 trat Boliviens neue Verfassung in Kraft, nachdem sie durch ein landesweites Referendum mit einer Zustimmung von 61% angenommen worden war.

Mit Inkrafttreten der neuen Verfassung ist aus Bolivien ein dezentraler, plurinationaler Staat geworden. Noch bis zum 22 Juli 2010 hat die Plurinationale Versammlung (Parlament) Zeit, fünf Schlüsselgesetze auszuarbeiten, sie zu beschließen und in Kraft treten zu lassen.

Es handelt sich bei den fünf Gesetzen um „Grundgesetze“, welche einen großen Teil des Staatsapparates neu definieren.

1. Das „Ley del Órgano Electoral“ ist das Gesetz über die Wahlorgane und definiert neben dem Aufbau einer Wahlkommission den Sitz derselben, die Ämterverteilung sowie das Recht aller Bürger, ihre Autoritäten selbst zu wählen. So legt das neue Gesetz zum Beispiel auch fest, dass der Präsident in jeder Wahlkommission einer Provinz ein Mitglied der Kommission selbst bestimmen darf.
2. Das „Ley del Órgano Judicial“ definiert den institutionellen Aufbau der Judikative. Mit Hilfe dieses Gesetzes wird die Judikative in vier Bereiche unterteilt: die allgemeine

Rechtsprechung, jene im Bereich Landwirtschaft und Umwelt, die Sonderrechtsprechung sowie die Rechtsprechung der indigenen Bevölkerung.

3. Das „Ley del Tribunal Constitucional“ regelt die Zusammensetzung des Verfassungsgerichtes.
4. Das „Ley de Régimen Electoral“ definiert das Wahlverfahren für den Senat und das Parlament. So wird zum Beispiel definiert, wie viele Sitze in den einzelnen Organen der indigenen Bevölkerung zugesprochen werden und wann Volksentscheide zulässig sind.
5. Das „Ley Marco de Autonomías“ ist das Rahmengesetz zur Regelung der Autonomie der verschiedenen Teilstaaten und –ebenen. Im Rahmen der Dezentralisierung bekommen die Provinzen zum Beispiel 36 neue ausschließliche Kompetenzen. Das Rahmengesetz widmet sich auch der Verteilung von Finanzmitteln.

2. Die Opposition wird bei den Kommunalwahlen gestärkt

Bei den Regionalwahlen vom 4. April diesen Jahres wurden 9 Gouverneure und 337 Bürgermeister gewählt. Aufgrund der neuen Verfassung besitzen die Provinzen im Rahmen der neuen Autonomie nun auch eine legislative Gewalt. Zum ersten Mal wurden regionale Parlamente gewählt; sie nahmen im Juni 2010 ihre Arbeit auf.

Das Wahlergebnis kann als Stärkung der Opposition gewertet werden. Zwar ist die regierende Partei des Präsidenten Evo Morales, „Movimiento al Socialismo“ (MAS.), der Sieger der Wahlen, jedoch blieben die Ergebnisse klar hinter den Erwartungen zurück. Die Regierungspartei stellt nur in zwei der neun Provinzhauptstädte den Bürgermeister. In allen Provinzen verzeichnete die MAS Rückgänge mit Ausnahme der Region Pando. Die genauen Ergebnisse der Kommunalwahlen sind im Sonderbericht vom 5. April 2010 nachzulesen.

Nach dem überzeugenden Wahlsieg der MAS im Dezember 2009 zeigten die Ergebnisse der Kommunalwahlen im April 2010, dass die bolivianische Bevölkerung sich des Fehlers, ihre Zustimmung auf eine Partei zu konzentrieren, bewusst geworden war. Bei den Kommunalwahlen gab sie ihre Stimme deshalb auch an die Kandidaten der Opposition, vor allem in den Hauptstädten der Provinzen. Die Ergebnisse schwächten insgesamt die politische Macht von Evo Morales.

3. Die indigene Bevölkerung bekommt eine eigene Rechtsprechung

Ziel der Regierung Morales´ ist es, die sogenannte „Dekolonialisierung des Justizsystems“, gepaart mit der Eindämmung von Korruption und der Reduktion der extrem langen Verfahrensdauer, zu lösen.

Mit der neuen Verfassung kann die indigene Rechtsprechung in den als indigen ausgewiesenen Gebieten angewendet werden. Sie findet damit offizielle staatliche Anerkennung. Der indigenen Bevölkerung werden auf verschiedensten Gebieten neue Rechte und Kompetenzen in der Justiz gemäß dem Indigenenrecht eingeräumt. Sowohl von Seiten der Opposition als auch aus dem Ausland wird nun befürchtet, dass „Lynchjustiz“ damit legalisiert werde.

Außenpolitik

4. Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Aus Sicht des bolivianischen Präsidenten Evo Morales war der offizielle Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember des vergangenen Jahres gescheitert, was ihn dazu bewegte, einen alternativen Klimagipfel zu organisieren. Dieser fand vom 20.-22. April in Tiquipaya, Cochabamba, statt. Ziel der „Gegenveranstaltung“ war es, die Großmächte unter Druck zu

setzen und Einfluss auf die kommende Klimakonferenz in Cancún (Mexiko) zu nehmen, welche vom 29. November bis 10. Dezember 2010 stattfinden wird.

In 17 Arbeitsgruppen wurde zwei Tage lang auf basisdemokratischem Wege an Lösungsmöglichkeiten auf mannigfaltigen Gebieten des globalen Klimawandels gearbeitet. In der Abschlusserklärung der Konferenz ist nachzulesen, dass sich die Menschheit vor einer großen Entscheidungsfrage befinde: den Wege des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen. Neben der geübten Kritik in der Abschlusserklärung an u.a. dem kapitalistischen System, aber auch am Emissionshandel, der Gentechnik und Monokulturen, wurden auch klare Forderungen gestellt: die Errichtung eines internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes mit bindender juristischer Kompetenz (mit Sitz in Bolivien, so der Vorschlag), die Einrichtung eines Kompensationsfonds und die Durchführung eines weltweiten Referendums, damit das Vorgehen im Kampf gegen den Klimawandel nicht von einigen Wenigen, sondern von allen Völkern der Erde mitbestimmt werde.

Als eher amüsant sind die Aussagen Morales´ während der Klimakonferenz im Bezug auf Ernährung zu werten. Laut Morales sei die holländische Kartoffel voll mit Fischhormonen und herrsche in den entwickelten Ländern so viel Glatzköpfigkeit aufgrund des hohen Coca-Cola-Konsums. Darüber hinaus unterstützten weibliche Hormone in Hähnchenfleisch die Homosexualität von Männern. Die internationale Presse stürzte sich regelrecht auf diese Phrasen, zum Nachteil für die Berichterstattung über die eigentlichen Ergebnisse und Versäumnisse des Gipfels.

5. Entspannung im Verhältnis zwischen USA und Bolivien?

Die Beziehungen zwischen den USA und Bolivien waren in den vergangenen Jahren sehr angespannt, scheinen sich jedoch wieder zu erholen.

Im Jahr 2008 hatte Boliviens Präsident Evo Morales zuerst den damaligen US-Botschafter Phillip Goldberg, später die US-Antidrogenbehörde, des Landes verwiesen, da er die USA beschuldigte, sich gegen ihn zu verschwören. Noch im Dezember 2009 hatte Morales verkündet, dass US-Präsident Obama schlimmer als Bush (George) sei und dass sich in Amerika nur die Farbe des Präsidenten geändert habe. Auch hatte Morales die Entscheidung, Obama den Friedensnobelpreis zu verleihen, als Schande bezeichnet.

Nun scheint sich die Lage jedoch zu entspannen. Der Lateinamerikabeauftragte des Außenministeriums der Vereinigten Staaten, Arturo Valenzuela, besuchte Anfang Juni La Paz und sprach dort mit Boliviens Außenminister David Choquehanca. Die Unterzeichnung eines bilateralen Vertrages stehe bevor, so der bolivianische Außenminister. Auch der amerikanische Gesandte sprach über eine neue Ära des gegenseitigen Respektes.

Verwirrend sind dann allerdings die Meldungen um USAID in den letzten Monaten. Angesichts wichtiger interner Umbrüche in Bolivien konzentrierte die Regierung alle Kräfte auf das Hinterfragen und die Verurteilung der Organisation für Entwicklungszusammenarbeit der Vereinigten Staaten (USAID), mit dem Ziel, regierungskritische NROs zu destabilisieren. Der Angriff der bolivianischen Regierung ging sogar so weit, dass USAID beschuldigt wurde, indigene Gruppen finanziell zu unterstützen, um gegen die Regierung zu demonstrieren und ihre Anliegen zu maximieren. Das Erstaunliche ist, dass die Regierung der Vereinigten Staaten diese verzweifelten und fanatischen Anschuldigungen der bolivianischen Regierung weder kommentiert noch darauf reagiert.

6. Anstieg der Koka-Anbauflächen in Bolivien

Laut dem aktuellen Bericht der Behörde der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sind die Anbauflächen für Koka in Bolivien im Jahre 2009 um ca. 1% gestiegen. Bolivien besitzt damit eine Gesamtanbaufläche von 30.900

Hektar. Die UN-Behörde verzeichnete im vergangenen Jahr in den Andenländern insgesamt einen Rückgang der Anbauflächen um 5%. Damit beträgt die Gesamtfläche des Kokaanbaus in den Andenländern 158.000 Hektar. Die Behörde verwies darauf, dass sich die Anbauflächen in Bolivien in den letzten 10 Jahren verdoppelt haben; die Umwelt in der Region habe durch die Monokultur des Kokaanbaus starke Schäden erlitten. Darüber hinaus stellte sie klar, dass das Handeln zum Schutze der Natur von äußerster Wichtigkeit sei.

Das bolivianische Gesetz erlaubt eine Fläche von 12.000 Hektar als Anbaugebiet für Koka. Falls sich diverse Koka-Projekte als erfolgreich erweisen sollten, wolle Präsident Morales die offizielle Anbaufläche jedoch auf 20.000 Hektar erhöhen. Eines dieser Koka-Projekte ist „Coca-Colla“, ein Konkurrenzprodukt zur herkömmlichen Coca-Cola mit einem Extrakt aus Kokablättern.

Die bolivianische Regierung verneint die Existenz von internationalen Drogenkartellen in ihrem Land. Die Regierungen der Nachbarstaaten hingegen, wie Brasilien, wohin ein großer Teil der Drogenproduktion exportiert wird, beginnen sich Sorgen zu machen.

Die steigende Anzahl der Beschlagnahmungen großer Mengen Kokains, die ansteigende Gewalt und die Morde in verschiedenen Provinzen haben dazu geführt, dass sich ein Klima der Angst in der Öffentlichkeit ausbreitet. Die Staatsführung sollte sich der Auswirkungen dieser neuen Form der Kriminalität unbedingt bewusst werden. Sie kann den eigenen Regierungsinstitutionen und dem bolivianischen Land großen Schaden zufügen, wenn nicht die nötigen und dringenden Maßnahmen unternommen werden, das Ausbreiten der Drogenkartelle zu verhindern. Organisiertes Verbrechen im Drogengeschäft konnte in Ländern wie Kolumbien, Brasilien und Mexiko Fuß fassen.

Wirtschaftliche Entwicklung

7. Rückverstaatlichung dreier Stromkonzerne

Zum 1. Mai dieses Jahres verstaatlichte Boliviens Präsident Evo Morales einen weiteren Teil des bolivianischen Energiesektors. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits die Erdgas- und Erdölproduktion und ein Teil des Telekommunikationssektors in die öffentliche Hand übergingen, wurden jetzt drei Stromkonzerne rückverstaatlicht. Bei den Unternehmen handelt es sich um den größten Stromhersteller Empresa Electrica Guaracachi SA, welcher ein Teil des britischen Konzerns Rurelec Plc ist, sowie um Empresa Corani SA, im Besitz von GDF Suez, an dem der französische Staat Anteile hält. Ebenfalls rückverstaatlicht wurde das bolivianische Unternehmen Empresa de Luz y Fuerza de Cochabamba (ELFEC). Diese Verstaatlichung verlief jedoch nicht ohne Widerstand. Die Mitarbeiter, welche zu 40% Teilhaber des Unternehmens waren, hatten im Vorfeld bereits die Verwaltungszentrale besetzt und verweigerten den Verkauf ihrer Anteile. Nach einem Polizeieinsatz konnte jedoch auch dieses Unternehmen verstaatlicht werden. Die Ausgleichszahlungen belaufen sich laut Medienberichten auf 16,6 Millionen Dollar. Präsident Morales erklärte nach der Unterzeichnung der Rückverstaatlichung, dass jetzt 80% der Stromerzeugung in staatlicher Hand seien. Grundbedürfnisse wie Strom und Wasser dürften sich nicht in privatem Besitz befinden, so Morales weiter.

8. China bietet Bolivien einen 15 Milliarden Dollar Kredit an

„El Cerro Mutum“ ist eines der weltweit größten Eisenerzprojekte der Welt. Es geht um 40 Mrd Tonnen Eisenerz und 10 Mrd. Tonnen Magnesium. Das Großprojekt führt die bolivianische Regierung in einem Joint-Venture mit dem indischen Unternehmen Jindal Steel and Power durch; jedoch ist das indische Unternehmen mit den vereinbarten Leistungen in Verzug geraten. China sieht nun seine Chance, in das Projekt mit einsteigen zu können. In

den vergangenen Jahren konnte die Volksrepublik seinen Einfluss in Südamerika mit Milliardeninvestitionen stetig vergrößern. So hat der staatliche Ölkonzern Chinas dieses Jahr bereits die Hälfte der argentinischen Ölholding Bidas Energy für 3,2 Milliarden Dollar gekauft und mit Venezuela einen Vertrag über die Lieferung von 400.000 Barrel pro Tag geschlossen.

Das Kreditangebot der chinesischen Entwicklungsbank über 15 Milliarden Dollar wurde der bolivianischen Firma „Siderurgica Mutum“ vorgelegt. Als Gegenleistung würde der chinesische Staatskonzern Chung Hsing Mining am Großprojekt beteiligt werden. Bolivien müsste lediglich 40% des Betrages zurückzahlen und den Rest mit produziertem Stahl ausgleichen. Eine endgültige Entscheidung der bolivianischen Regierung ist noch nicht bekannt.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Ariel Benavides, Stv. Projektleiter
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359
e-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 15. Juli 2010

Aktivitäten

Im zweiten Quartal wurden 30 Aktivitäten durchgeführt. Sie sind folgendermaßen gegliedert: Die Veranstaltungen der Stiftung Neue Demokratie (Fundación Nueva Democracia) führten zu interessanten Begegnungen mit regionalen Führungspersonlichkeiten, auch aus Frauen- und Jugendbewegungen. Sie konnten einen neuen Überblick über das aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Spektrum des Landes gewinnen.

Die Aktivitäten mit der AID erreichten eine Annäherung der Zivilgesellschaft sowie des Universitätsbereiches mit den hohen nationalen Autoritäten in wirtschaftlichen und internationalen Handelsthemen.

Die Aktivitäten mit den privaten und öffentlichen Universitäten konnten zur Analyse der grundsätzlichen Transformationen einladen, die das Land seit 2005 erlebt. Dies konnte mit dem so genannten Hanns Seidel Lehrstuhl erreicht werden: „Vom republikanischen Staat zum plurinationalen autonomen Staat“ in Tarija, Sucre und Potosí mit der Beteiligung des Ex-Präsidenten der Republik Carlos Mesa und der Beteiligung des bekannten Politologen Carlos Cordero mit dem Thema: „Der sozialpolitische Hintergrund der rechtlichen und konstitutionellen Reformen“.

Das Ziel des Lehrstuhles war die Evaluierung und Diagnose der konstitutionellen und rechtlichen Reformen, die den Weg zur Umwandlung Boliviens zum plurinationalen Staat ermöglichten.

Die streng wissenschaftlichen Ziele des Lehrstuhles wurden zufriedenstellend erfüllt. Die Experten stellten die historische Verbindung zwischen dem Prozess der konstitutionellen Reform und dem Prozess der Schaffung des plurinationalen Staats dar. Ebenfalls wurden die aktuelle, politische und institutionelle Situation des Landes und die Transformation, welche man seit den konstitutionellen Reformen im Staat erkennen kann, erörtert.

Mit der katholischen Universität wurde ein Wirtschaftsforum durchgeführt, welches aufgrund der fehlenden akademischen Auseinandersetzung in der nationalen Wirtschaftspolitik des Landes eine sehr gute Resonanz erhielt.

Schließlich wurde ein Programm zur Beratung der regionalen Parlamente von Santa Cruz, Beni und Tarija lanciert. Ziel ist es, die institutionelle Entwicklung der neuen Parlamente zu unterstützen.

Nachdem zunächst per Telefon ein erster Kontakt mit den Autoritäten der Provinzen hergestellt worden war, kam eine Arbeitsgemeinschaft der Hanns Seidel Stiftung mit den Gesetzgebenden Versammlungen der Provinzen zusammen. Die Aufgabenbereiche und Aktivitäten der Hanns Seidel Stiftung wurden vorgestellt; Unterstützung im Aufbau von fachlicher Kompetenz der neuen demokratischen Institutionen wurde angeboten. Die Forderungen der Provinzparlamente wurden entgegen genommen und die Vorgehensweise festgelegt, die für die Initiierung des Programms und die entsprechende Arbeitsmethodik vonnöten ist.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Untersuchung zum Thema „Kritischer Weg 2010-2011 der Regierungen der Autonomen Provinzen Beni, Tarija und Santa Cruz“ vorbereitet, um einen Strategieplan für die neuen Gesetzgebenden Versammlungen in den Provinzen entwerfen zu können. Der renommierte Verfassungsrechtsexperte, Dr. Carlos Alarcón, verfasste das Grunddokument, auf dessen Grundlage jedes einzelne Parlament in den Provinzen einen eigenen Strategieplan erarbeiten sollte.

Santa Cruz

Wir haben den Eindruck, dass die Gesetzgebende Versammlung von Santa Cruz - aufgrund der soziologischen Eigenschaften der Provinz – die besten Möglichkeiten für eine effiziente

und fruchtbare Arbeit bietet. Sie weist eine deutlich höher entwickelte Struktur und Funktionsweise auf als die ebenfalls neu gegründeten Parlamente in Tarija und Beni.

Außerdem rechnen wir mit der tatkräftigen Unterstützung des Präsidenten der Gesetzgebenden Versammlung, welcher in seiner ehemaligen Funktion als Rektor der Universität von Cochabamba regelmäßig an unseren Bildungsveranstaltungen (mit Fundemos) teilnahm. Er ist mit den Kompetenzen und der Beratungsarbeit, welche die Hanns Seidel Stiftung in Bolivien durchführt, bestens vertraut.

Beni

Nach den Zusammenkünften mit den Autoritäten von Beni und den darauf folgenden Ereignissen, welche Streitigkeiten innerhalb der Versammlung hervorriefen, entschied sich die HSS abzuwarten, bis Kooperationsvereinbarungen mit der gesetzgebenden Instanz dieser Provinz formalisiert werden können.

Tarija

Die Situation in Tarija stellt sich wie folgt dar: die Regierungsführung befindet sich in einer Krise, es herrscht eine politische Konfrontation zwischen Exekutive und Judikative der Provinz. Diese Konfrontation trifft auch innerhalb der Legislative zu, da die Provinzregierung gespalten ist. Es fehlt die Entscheidungsfähigkeit im gesetzgebenden Bereich, da sich die Provinzregierung auf eine Minderheitenfraktion in der gesetzgebenden Versammlung stützt.

Persönliche Beurteilung

Zum Zeitpunkt dieses Berichts erreicht der Machtplan in Bolivien letztendlich die totale Kontrolle der Staatsgewalt, da die Kontrolle über die rechtsprechenden Organe erlangt ist. Die Regierung fährt nun eine Politik der Einschüchterung der Opposition und der regierungsfeindlichen Meinungsführer.

In der bolivianischen Gesellschaft hat eine Phase der Lähmung begonnen; dies durch die sich ausbreitende Macht der Legislative und die ambitionierte, aber skrupellose Strategie der Regierung, Angst und Selbstzensur in der öffentlichen Meinung zu verbreiten. Es ist dieselbe sich ausbreitende Macht, die jeden Bürger beschuldigt und gerichtlich verfolgt, der abweichende Meinungen gegenüber der Regierung äußert. Im Speziellen sind davon Unternehmer aus Santa Cruz, bürgerliche Führungspersönlichkeiten der östlichen Regionen und sogar die gewählten Bürgermeister von Sucre und Potosí sowie die Gouverneure von Tarija, Beni und Santa Cruz betroffen.

Dies stellt zwar einen harten Angriff gegen die wenigen Gegner dar, die noch im Land sind, stärkt aber gleichzeitig andere bürgerliche Gruppierungen, welche, so sehr sie auch eingeschüchtert werden, die Prinzipien der Freiheit, den Rechtsstaat und die allumfassende Demokratie verteidigen werden.

Diese Gruppierungen, die immer größer werden, verhalten sich zwar momentan noch ruhig, sobald die Regierung sich aber radikalisiert, korrumpiert und schnell ihre Legitimation verliert, müssen sie ihren Unmut über diesen Machtplan äußern, welcher hinter einer indigenen Maske versteckt ist. Dieser Machtplan offenbart nach und nach durch eine Anhäufung von Fehlern und durch autoritäres Verhalten, das vom bolivianischen Volk und von der eigenen Basis schon immer abgelehnt wurde, seinen internen Zerfall.

Nach unserem Verständnis ist die härteste Phase bereits durchlaufen. Von nun an werden die Gruppierungen, die eingeschüchtert wurden, anfangen, ihre Köpfe zu erheben und die Ungerechtigkeit und Ineffizienz der Regierung von Evo Morales, was die Lösung der wirklichen Probleme der normalen Leute betrifft, öffentlich kritisieren.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: ARIEL BENAVIDES, STV. PROJEKTLEITER
REDAKTION: DR. MARIELLA FRANZ, PROJEKTLEITERIN
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 15. JULI 2010